

Heraus zum Roten 1. Mai 1993

Zeichen sind genug gesetzt -Weg mit dem Solidarpact und dem Kapitalismus

Initiative zur Beschleunigung der Selbstaflösung der herrschenden Klasse

1993. Es sind nur noch sieben Jahre bis zur Jahrtausendwende und die damit verbundenen Kinderträume von einer besseren Welt, die friedlicher und gerechter ist, scheinen ausgeträumt und den Visionen gewichen zu sein, die die Zukunft in düsteren Farben gezeichnet haben. Der 1. Mai aber war und ist der Kampftag derjenigen, die hinter der grauen Gegenwart ein leuchtendes Morgenrot vermuten.

Wir wollen an diesem 1. Mai zeigen, dass es hier in Deutschland, jenseits von Solidarpakt, Lohnverzicht und Lichterketten, eine Minderheit gibt, die sieht, dass ein Ja zur sozialen Marktwirtschaft auch ein Ja zur Arbeitslosigkeit; ein Ja zu Wirtschaftskrisen ein Ja zur internationalen Ausbeutung und ein Ja zum Rassismus; ein Ja zur Änderung des Artikels 16 ein Ja zu brennenden Flüchtlingsheimen ist. Jede Art von Kompromissen ist Beschiss, beseitigt die Unterdrückung nicht, sondern verschleiert sie.

Wir sagen NEIN!

Viele von uns werden mit zunehmender Arbeitslosigkeit und fortschreitendem Sozialabbau konfrontiert, d. h. ihnen werden die materiellen Existenzgrundlagen zerstört.

Das Siegerland ringt zur Zeit noch um sein Überleben als Stahlregion. 2500 Arbeitsplätze, die der betriebswirtschaftlichen Logik der Profitmaximierung im Wege stehen, sollen beseitigt werden. Den Erhalt dieser Arbeitsplätze im Stahlbereich zu fordern, ist Unsinn, da sich die Interessen des Konzerns nicht ändern werden. Trotzdem konzentrieren sich Politikerinnen und Gewerkschaften auf diese Forderung. Warum? Es ist zum einen das Billigere, weil Umschulungen und Strukturreformen mehr Geld kosten und zum anderen ist die Forderung derart populär, dass sie keine Stimmen kosten kann. Eine "1000-Stellen-Lösung" wird als Rettung verkauft, ohne darauf hinzuweisen, dass es sich um den Teil einer Salami-Taktik handelt, die die Zahl der Betroffenen - und damit den Widerstand - kontinuierlich reduziert. Arbeitslosigkeit wird weiter als individuelles Problem behandelt werden können. Davon in besonderem Maße betroffen sind Jobberinnen und andere Arbeiterinnen in ungarantierten Arbeitsverhältnissen, deren Probleme nur am Rande wahrgenommen werden. Das ist Kapitalismus in Reinkultur, auch wenn Betriebsräte über die Stilllegungen "mitbestimmen" können.

Im Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit muss auch der fortschreitende Abbau von Sozialleistungen gesehen werden, der zu einer weiteren Verschärfung der Grenzen zwischen uns hier unten und denen da oben beiträgt. Armut ist in Deutschland ein Alltagsphänomen geworden, das sich keineswegs auf die neuen Bundesländer beschränkt. Trotzdem ist der Solidarpakt nicht geschlossen worden, diese Armut zu beseitigen, sondern um den Aufbau Ost zu fördern, was zuallererst bedeutet, dass Investitionshilfen für Unternehmer und Konzerne geleistet werden.

Viele von uns sind in letzter Zeit von Faschisten bedroht worden, unsere ausländischen Kolleginnen sollen durch Rassismus, sei es "Stammtisch-" oder Staatsrassismus, eingeschüchtert und vertrieben werden.

Im Siegerland wurde der Arbeiter Bruno Kappi auf brutalste Art und Weise von Faschisten ermordet. Im Siegerland werden die diskriminierenden Warengutscheine an Flüchtlinge ausgegeben, Bargeld wird ihnen verweigert. Im Siegerland haben sich "Bürgerinitiativen" gebildet, die die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrem Ort verhindern wollen. Von den lokalen Politikerinnen und der, Verwaltung wird Verständnis bekundet. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Taktik des "eskalierenden Rechtsruck" auch hier funktioniert. mit dem Hinweis auf kriminelle Faschisten können Politikerinnen und Verwaltungen rassistische Politik durchsetzen, die ihnen aufgrund des gesellschaftlichen Klimas vor Jahren noch unmöglich war. Mit dem Hinweis auf die angeblich "zu lasche" Politik können Faschisten weiter morden. Politiker können sich dann betroffen zeigen und Verständnis für die Brandstifter haben. Die Folgen dieser Politik sind zunehmende Furcht und Zukunftsangst unter den wirklich Betroffenen.

Viele von uns werden als Randgruppen und Subkulturen dieser Gesellschaft diskriminiert und kriminalisiert.

Im Siegerland werden Behinderte aus angeblichen "Szene-Kneipen" hinausgeschmissen, in andere Kneipen gehen sie schon gar nicht mehr. Im Siegerland werden Schwule auf dem Heimweg von einer Kneipentour von Faschisten bedroht. In Siegen-Weidenau macht sich die Polizei einen Spaß daraus, die Punks durchs ganze Einkaufszentrum zu jagen. Im Siegerland sollen die Häuser am Unteren Wellersberg, in denen Menschen soweit wie möglich nach ihren Vorstellungen leben, abgerissen werden. Der gesellschaftliche Spielraum, der zur Verfügung steht, ist enger, die staatliche Toleranz geringer geworden. Die Phantasie ist beschränkter geworden; wir brauchen keine Repression mehr, weil wir sie schon von vorn herein in unseren Köpfen mitdenken. Grau!

Aber es finden sich immer wieder Leute, die bereit sind, diese Zustände radikal in Frage zu stellen. Radikale Kritik heißt, die Strukturen hinter dem Konkreten zu sehen und unsere eigenen lokalen Auseinandersetzungen einzuordnen als Kämpfe gegen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus!

- Klassenkampf statt Solidarpakt,
- autonome Frauenstrukturen statt Quotierung und Gleichstellungsbeauftragter,
- Antirassismus statt Lichterkette und inhaltloses "Rassismus be-Siegen"!

Es muss uns aber auch darum gehen, unsere Träume und Utopien zu leben, ein Stück weit umzusetzen. Diese Ansätze gibt es, aber sie sind immer in Gefahr geschlossen, abgerissen oder verboten zu werden.

Wir müssen sie verteidigen!

- Kein Abriss der Häuser am Unteren Wellersberg,
- mehr Geld fürs Frauenhaus,
- Hände weg von autonomen Strukturen an der Hochschule und in der Stadt,
- Erhalt der Ausländerhilfe Siegen-Wittgenstein!